



15. Januar 2025

Schriftliche Anfrage

von Roland Hohmann (Grüne),
Sibylle Kauer (Grüne)
und Markus Knauss (Grüne)

Der amerikanische Milliardär und Unternehmer Elon Musk mischt sich immer häufiger und aggressiver in die europäische Politik ein. Der X-Chef unterstützt Rechtspopulisten, stellt diesen seine Social-Media-Plattform für die Verbreitung von Lügen und Diffamierungen zur Verfügung und greift u.a. die Regierungen in Grossbritannien und Deutschland an. So beschimpfte er nach dem Auseinanderbrechen der deutschen Regierungskoalition Bundeskanzler Olaf Scholz als «Narren», nach dem verheerenden Anschlag in Magdeburg gar als «unfähigen Trottel» und forderte ihn zum Rücktritt auf. Den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beschimpfte er auf X als «antidemokratischen Tyrannen». Steinmeier hatte zuvor vor äusseren Einflussversuchen im Wahlkampf gewarnt und diese als Gefahr für die Demokratie bezeichnet. Im deutschen Wahlkampf ruft Musk unverhohlen zur Wahl der antidemokratischen AfD auf. Den britischen Premierminister Keir Starmer beschimpfte er ebenfalls als «antidemokratischen Tyrannen». Dieser hatte zuvor Pläne zur besseren Kontrolle von Social-Media-Plattformen verkündet. Später doppelte Musk nach, dass Starmers «tyrannischer Polizeistaat» vollkommen «stalinistische» Züge habe. Gleichzeitig setzt er sich für die Freilassung des britischen Rechtsextremisten Tommy Robinson ein und bezeichnet diesen gemäss Tages Anzeiger als «politischen Gefangenen» und «Vorkämpfer für freie Meinungsäusserung».

In dieser schriftlichen Anfrage geht es nicht um Aussenpolitik, die Sache des Bundes ist. Es geht auch nicht um die Einschränkung der freien Meinungsäusserung. Vielmehr geht es darum, wie die Stadt reagieren kann, wenn einer der mächtigsten Menschen seine Medienmacht missbraucht, ohne jeglichen Anstand Andersdenkende attackiert und diffamiert, Unwahrheiten verbreitet, in die Rechtsprechung der Justiz einzugreifen versucht und die öffentliche Meinung manipuliert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Stadt auf X aktiv?
2. Welche Rolle spielt X in der Kommunikation der Stadt?
3. Wie viele X-Konten werden von der Stadt betrieben?
4. Wie beurteilt die Stadt das Risiko eines Imageschadens wegen der Präsenz auf X?
5. Wurden und werden Alternativen zu X geprüft?
6. Wie beurteilt der Stadtrat das antidemokratische Gebaren des X-Chefs und wie gedenkt er sich dazu zu positionieren und sich davon abzugrenzen?
7. Zieht der Stadtrat die Möglichkeit in Betracht, seine allfälligen X-Konten zu löschen und stattdessen alternative Kommunikationskanäle zu nutzen?